Deutsche Allgemeine Zeitung

(früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung").

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 10.20, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 41.
Fernsprecher: Schriftleitung: Zentrum 816, 964, 965, 1580, 1582, 1583 Für Nachtgespräche 1580
Geschäftsteller: Lützow 4992, 3218, 3394
Postscheckkonto: Berlin 25 453.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigenvermittlungen zum Grundpreise von 1 Mark für die orangepaltene Zeile im Anzeigenteil und 3 Mark für die viergespaltene Zeile im Reklameteil entgegen. Stellengesuche und Familienanzeigen die Zeile 50 Pf. Auskunft auf Wunsch. Anzeigen-Abteilung Berlin SW. 68, Kochstraße 73.

Nr. 103. [58. Jahrgang.] Freitag 28. Februar 1919. Abend-Ausgabe. [58. Jahrgang.] Nr. 103.

Deutsch-Oesterreichs Anschluß.

Der Gang der Verhandlungen.

In der gestrigen Nachmittags- und der heutigen Vormittagssitzung sind wirtschaftliche und finanzpolitische Fragen besprochen worden. Es ist anzunehmen, daß das wichtige Problem des Ausgleichs der Währung im Vordergrunde der Diskussion gestanden hat.

Wir begrüßen aufs wärmste den Beginn der Verhandlungen, die bestimmt sein werden, den Novemberbeschluß der deutschösterreichischen Nationalversammlung in die Tat umzusetzen. Der Beschluß war spontan gefaßt worden noch in den Tagen, als der Waffenstillstand zwischen Mitteleuropa und der Westkoalition aufzunahen kam. Die Schnelligkeit beweist seine innere Notwendigkeit. Daß die Beschlußfassung in Wien, ohne Verhandlungen mit Berlin, die erst jetzt nach Monaten einsetzen, erfolgte, bedeutet Selbstbestimmung in des Wortes buchstäblicher wie in der völkerrechtlichen Bedeutung, die Wilson inaugurieret, die Entente fortdauernd unterstrichen hat. Deutsch-Oesterreich ist ein Land rein deutscher Zunge, geographisch und durch jahrhundertelange gemeinsame Geschichte mit uns verbunden. Der Krieg von 1866 bedeutet in dieser gemeinsamen Geschichte nur eine Episode. Preußen-Hohenzollern und Habsburg-Oesterreich drängten beide durch Fahrhunderte zur Großmachtsentwicklung, verschieden nur in der Art, wie sie sich durchsetzten. Seit dem vierundsechzigsten Kriege des Jahres 1866 aber, bei dessen Abschluß das siegreiche Preußen keinen Fall breit österreichisches Landes nahm, taten Bismarck, Wilhelm I. und Wilhelm II. alles, um den Riß zu verkitten. Wenig mehr als ein Jahrzehnt nach dem Kriege behand zwischen beiden Ländern schon wieder das völkerrechtliche Band eines Schutz- und Trutzbündnisses. Der Gedanke der Wiederfindung in ein Nationalrechtliches Bündnis konnte nicht aufkommen, solange Oesterreich-Ungarn mit der slawischen und mit der Hypothek der Balkanpolitik belastet war.

Die Nichtigkeit menschlicher Erkenntnisse und Handlungen — besonders in der Politik — ist immer nur eine relative. Wie sie zeitlichen und Machtverhältnissen entspringen, so ist eben durch diese ihre Nichtigkeit bedingt, und Bismarck bezeichnet die Politik deshalb als eine so schwere Kunst, weil man oft erst nach Jahren erkennen könnte, ob man in einem bestimmten Augenblick richtig oder falsch gehandelt hat. Mit einer Aenderung der zeitlichen und Machtverhältnisse verlieren Erkenntnis und Handlung Wert und Wirkung, wenn sie sich nicht nach den neuen Verhältnissen umformen; wir haben kein Hohenzollern, wir haben kein Habsburg, nur allen Dingen hat Oesterreich keine Slawen mehr. An Stelle des polnischen Oesterreich-Ungarns ist, für uns der kleinere, aber völkisch-innerpolitisch Nationalstaat Deutsch-Oesterreich getreten. Ganz anders als vor 50 Jahren und mehr als jemals gehören heute das neue Deutschland und das neue Deutsch-Oesterreich auch staatsrechtlich zusammen.

Als zur praktischen Durchführung des Zusammenschlusses muß noch auf zahlreiche Fragen die Antwort gefunden werden. Beide Länder sehen sich — jedes für sich — wirtschaftlich und politisch vor einer neuen Lage, der sie sich noch anpassen müssen, vor einer Fülle von Problemen politischer, wirtschaftlicher, sozialpolitischer Art, die der Lösung noch harren. In diesem heutigen frischen Stadium der Eisenverschmelzung sitzen und beraten sind nun noch die mit dem Anschlusse selbst zusammenhängenden Fragen zu ordnen; es müssen Formen gefunden werden, um die beiderseitigen Interessen auszugleichen, so in der Währungs-, in der Zollfrage, in der Frage des Aufkommens für die Kriegsentschädigung und in vielen anderen. Es wäre deshalb sollch, wenn die Öffentliche Meinung sündlich eher auch nur tätlich das etwa Endergebnis erwarten wollte und auf Schnellerzeugen schlüsse, falls ihrer Ungeduld nicht gleich Genüge geschähe. Von Schwierigkeiten sollte nicht gesprochen werden, wo es in dem Wesen der Sache selbst liegt, daß nur diese in langwierigen Verhandlungen vollzogen werden kann. Den Zusammenschluß verlangt der nationale Wille zweier Millionenvölker: „Laßt ihm die Bahn, den Weg wird er sich machen" Kr.

Volksabstimmung in Deutsch-Böhmen.

Drahtmeldung.

Bern, 27. Februar.

Die „Neue Zürcher Zeitung" teilt zu den Verhandlungen, die vom 10. bis 22. Februar in Bern zwischen Vertretern Deutsch-Böhmens und des Verbandes stattgefunden haben über die Zukunft Deutsch-Böhmens folgendes mit:

Die amerikanische Vertretung bei der Wirtschaftskonferenz stellte nach Anhörung der deutsch-böhmischen Abordnung den Antrag, daß die Zuteilung Deutsch-Böhmens an den tschechoslowakischen Staat solange in der Schwebe bleibe, bis eine Volksabstimmung stattgefunden habe. Die amerikanische Vertretung setzte sich kräftig dafür ein, daß die Abstimmung in Deutsch-Böhmen durch keine Propaganda, weder von tschechischer noch von deutscher Seite, beeinflußt werde. Die denunzierte zu diesem Zweck, daß das gesamte Gebiet von Deutsch-Böhmen von Böhmerwald bis Troppau von amerikanischen und englischen Truppen besetzt werde. Dieser amerikanische Vorschlag wurde von englischer Seite unterstützt und schließlich nach einigem Zögern von Frankreich angenommen.

Wien, 28. Februar. Wie aus Prag gemeldet wird, wurden wiederholt deutschsprechende Passanten auf der Straße von Legionären angehalten und beleidigt. — Nachmittags verlangte eine Menge unter Führung russischer Legionäre, daß in der Aufschrift der Kaufläden mit deutschen Namen alte Firmenschilder entfernen sollten. Viele deutsche Aufschriften wurden von der Menge heruntergerissen und viele deutschsprechende Personen abends in die Kasernen geschleppt und dort mißhandelt.

Das Aktionsprogramm der Christlich-Sozialen.

P. **Wien**, 27. Februar. (Eigene Drahtmeldung) Die Christlich-Sozialen veröffentlichen ihr Aktionsprogramm, in dem sie erklären, daß die definitive Verfassung Deutsch-Oesterreichs als demokratische Errungenschaft der Revolution gegen jede Bedrohung, von welcher Seite sie auch kommen mag, sicherzustellen werden müsse. Der alleinige Inhaber der Staatsgewalt ist das Volk. In die Staatsverfassung muß neben der Versammlungs- und Preßfreiheit auch die Freiheit der Religionsausübung und die Sicherung der sittlichen und religiösen Jugenderziehung aufgenommen werden. Das Programm tritt für den Anschluß an Deutschland ein, fordert die Verstaatlichung der produktiven Tätigkeit; dem Allgemeinbedarf dienende Verkehrswesen und Bergbauunternehmen und jene großen Industrien, die allgemein notwendige Bedarfsartikel erzeugen und leicht eine monopolartige Stellung erlangen können, sollen durch Verstaatlichung oder Kommunalisierung sozialisiert werden. Andere Industrieunternehmungen, die, wenn sie ausschließlich sich in privaten Händen befinden und Mittel zur Volksausbeutung sind, sollen in der Form der gemischten Wirtschaft unter Beistand des Staates, des Landes oder der Kommunen unter öffentliche Kontrolle genommen werden.

Die Hetze gegen Liman von Sanders.

Nach französischen und englischen Zeitungsmeldungen soll, wie wir bereits meldeten, General Liman von Sanders auf Befehl des Generals Franchet d'Esperey wegen Anordnung der armenischen und syrischen Massakers vor ein interalliiertes Kriegsgericht in Konstantinopel gestellt worden sein. Tatsächlich kann General von Liman in keiner Weise für diese Vorgänge verantwortlich gemacht werden. Er befand sich, wie auch W. T. B. bestätigt, als die türkischen Behörden die Deportation der Armenier beschlossen, als Oberbefehlshaber an den Dardanellen und ist dort bis zur Beendigung der Kämpfe im Januar 1916 geblieben, also bis zu einem Zeitpunkte, in dem die türkischen Maßnahmen gegen die Armenier im wesentlichen bereits durchgeführt waren. Das einzige Mal, wo er Gelegenheit hatte, einzugreifen, hat er dies, und zwar mit dem besten Erfolge, zugunsten der Armenier getan; er war es, der als Armeekommandeur in Smyrna im November 1916 die bereits beschlossene Deportation der dortigen Armenier unter Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit verhindert hat.

Eisenach, 27. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Von einem aus der Türkei zurückgekehrten Kölner Arzte wird der „Köln. Ztg." mitgeteilt, daß noch etwa 9000 Mann deutscher Truppen in der Türkei sich befinden. Für die Angehörigen besteht keinerlei Anlaß zur Beunruhigung.

Die militärischen Bedingungen des Verbandes.

Die Zwangsjacke für Deutschland.

Eigene Drahtmeldung.

tc. **Lugano**, 27. Februar.

Nach Londoner Erkundigungen des „Corriere della Sera" soll der endgültige Waffenstillstand zwischen dem Verband und Deutschland folgende militärischen Bedingungen enthalten:

Die Stärke des deutschen Heeres wird auf 300 000 Mann (davon 5% Offiziere), je 5 Infanterie- und Kavalleriedivisionen festgesetzt; außerdem wünscht die englische Regierung ein Verbot der allgemeinen Mobilmachung für Deutschland. Der Generalstab soll aufgelöst werden, die Waffenausfuhr und Herstellung von giftigen Gasen verboten sein, die Vorräte an Kriegsgerät auf das Notwendigste beschränkt und die Herstellung von Waffen und Munition streng überwacht werden.

Außer den militärischen Forderungen werden die Bedingungen auch die von Frankreich und Polen geforderten Grenzsicherungen regeln. Diese Lösung wird, wie der „Corriere della Sera" an der Hand von Mitteilungen des „Manchester Guardian" nachweist, einmandatisch entschieden, ob die totale Auflösung des Bundes als eines Gesellschaft aller verbrüderten Nationen, oder die alte Politik der Nebeudbuhlerschaften und des Gleichgewichts durchgeführt wird, wobei es nach der Ueberzeugung des englischen Blattes keinen Mittelweg gibt. Das Blatt verweist in diesem Zusammenhang auf die vom französischen Ministerium des Aeußern gefordernte Angliederung des Saargebietes, die den Grundprinzipien des Völkerbundes zuwiderlaufe.

In der italienischen Presse wird im übrigen der Ernst der bolschewistischen Gefahr nicht länger beschönigt und immer offener zugestanden, daß nur eine Verständigung mit Deutschland auf Grund eines baldigen Friedens sie bannen könne. Der „Corriere della Sera" bringt mit großer Eindringlichkeit, daß allein Deutschland imstand sei, Westeuropa vom Bolschewismus zu retten, aber gegenwärtig sei es selbst davon arg bedroht. Die Lösung dieses Konflikts liege in den Händen des siegreichen Verbandes. Er könne die Ordnung nicht durch Waffengewalt, sondern nur durch moralische und wirtschaftliche Unterstützung Deutschlands wiederherstellen. Angesichts der gegenwärtigen Behandlung Deutschlands sei es lächerlich, von ihm ein Eingeständnis seiner Niederlage zu fordern. Man könne sich nicht wundern, wenn das deutsche Volk aufstehe, gegen die Kälte der Sieger im Bolschewismus noch eine Heizung zu erblicken. Der Präsident Wilson und seine Räte müssen jetzt sich in Geduld in der gleichen Aufraffung über den von Paris drohenden Frieden.

Mit besonderer Schärfe wendet sich der „Corriere" auch bei dieser Gelegenheit wieder gegen die maßlosen französischen Ansprüche. Deutschland solle den Franzosen geben was wirklich französisch und den Polen, was wirklich polnisch sei. Wenn Frankreich und Italien nicht wollten daß ihre Hilfe verbrennen, so müßten sie den Brand in Deutschland löschen helfen.

London, 27. Februar. (Reuter). Auf der Arbeiterkonferenz sagte Lloyd George, die Blockade könne nicht eher aufgehoben werden, als bis Deutschland einen Friedensvertrag unterzeichnet hätte, der den Krieg unmöglich mache. Er hoffe zuversichtlich, daß der Vorfrieden binnen wenigen Wochen unterzeichnet sein werde.

Ein neues Ministerium für Volksgesundheit.

Wir haben am 20. Februar die Nachricht der wahrscheinlichen Abzweigung eines sogenannten Medizinal- und Wohlfahrtsministeriums vom Ministerium des Innern gebracht, und daß das neue Ministerium alle Aufgabe in sich vereinigen müsse, bei denen die Gesundheitsfrage eine wesentliche Rolle spielt, so das Wohnungswesen, die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Jugendfürsorge u. a. Wir bezeichneten die Zentralisierung der Hygieneaufsicht in einer Zentralbehörde als eine Notwendigkeit der Kriegsfolgen, des bedeutenden Gesundheitsrückganges der Unterernährung, der großen Zahl der Kriegsbeschädigten usw. Die Schaffung eines derartigen Ministeriums ist inzwischen grundsätzlich beschlossen. Es soll den Namen „Ministerium für Volksgesundheit" führen. Entgegen anders lautenden Zeitungsmeldungen halten wir es indessen nicht für wahrscheinlich, daß der neue Ministerposten von einem Arzte besetzt werden wird.

Beschlüsse des Staatenausschusses.

Weimar, 28. Februar. Die Vollsitzung des Staatenausschusses, die unter Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Preuß gestern abgehalten wurde, beschloß der Einbürgerung eines Gesetzentwurfes über die Verpflegung von Leistungen für die feindlichen Heere im besetzten Reichsgebiet und über die vereinfachte Abschätzung von Kriegsleistungen für den deutschen Heer an die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung zuzustimmen.

Das Verbild einer Völkergemeinschaft.

A. **Zürich**, 27. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Stellung der Neutralen zum Völkerbund wird in einem Aufsatz der „Neuen Zürcher Zeitung" mit voller Schärfe dargestellt. Das Blatt sagt:

Der in Paris geplante Völkerbund stellt nicht einen Bund von Völkern, sondern eine Allianz der Regierenden dar, welche mit allen Mitteln den ungeheuerlichen Gewalten verbraucht und ihrem Betrieb durch die Bestimmung der Kriegsentschädigung jederzeit unerschöpfliche Schwierigkeiten entgegenzusetzen kann. Wenn man noch vor wenigen Wochen zuversichtlich an den Sieg Wilsons glauben konnte, so dürfte heute kein Zweifel bestehen, daß seine Gegner triumphieren. Keine Gleichberechtigung auch der kleinen Neutralen, kein Vertrauen in den am Boden liegenden Gegner. Soll dieses und kann dieses das letzte Wort sein? Wir wollen es auch heute noch nicht glauben und hoffen auf einen erlösenden Widerstand aus der Mitte der siegreichen Völker selber, denn das Prozit ist nicht die Meinung des einfachen Mannes aus dem Volke, von dem Wilson gesprochen hat, im Gegensatz zu den hohen Vertretern der Regierungen.

Der Aufsatz spricht dann von dem besonders schweren Fehler des Entwurfes, daß er die Möglichkeit einer Revision ausschließe, daß also nicht eine verfassungsmäßige Entwicklung, sondern nur ein Gewaltakt d. h. ein neuer Krieg eine Aenderung des Entwurfes herbeiführen könne. Einem solchen empfindlichen Mächtebund werde die Schweiz kaum beitreten können.

Eine Note gegen die polnischen Lügen.

Zur Berichtigung der lügenhaften Meldungen und Fortsprüche des obersten polnischen Volksrates an die Verbündeten über die Vorfälle in der Provinz Posen hat die Deutsche Regierung durch die Waffenstillstandskommission in Spaa den verbündeten Regierungen eine genaue Darstellung des tatsächlichen Verlaufes der Ereignisse in Form einer Note übergeben lassen. Darin wird die bereits von uns im Morgenblatt zurückgewiesene polnische Behauptung widerlegt, die Deutschen hätten durch den sogenannten Heimatschutz die Provinz militärisch besetzt und die polnischen Einwohner derartig mißhandelt, daß diese, zur Verzweiflung getrieben, sich empört hätten. Die Deutsche Regierung kennzeichnet in ihrem Bericht, daß an den ganzen Ereignissen in Posen die unter Mißbrauch der Reisefreiheit von Danzig nach Warschau erfolgte Reise Paderewskis mit den englischen Obersten Wade und Wade herausforderndes Verhalten in Posen die Schuld trägt.

Die Kommissionen für die Demarkationslinie.

Für alle Fragen, welche die deutschen Bewohner und ihre Angelegenheiten durch den deutsch-polnischen Demarkationslinie betreffen, ist eine Kommission der Verbündeten in Warschau zuständig, ihr Verbindungsorgan mit der deutschen Regierung der französische General Dupont in Berlin. Um eine schnelle und befriedigende Lösung aller Fragen herbeizuführen, die durch die Festsetzung der Linie entstehen, ist eine „Kommission für die die Innehaltung der Demarkationslinie gegenüber den Polen betreffenden Angelegenheiten" gebildet worden. Vorsitzender ist Wirkl. Geh. Rat Freiherr von Rechenberg.

Wie wir erfahren, ist der General Dupont inzwischen in Berlin eingetroffen und hat mit Freiherrn von Rechenberg bereits Unterredungen gehabt. Die Verhandlungen sollen fortgeführt werden, ihr Ort ist jedoch noch nicht bestimmt. Außer General Dupont werden auf französischer Seite Botschafter Noulens, zwei andere Gesandte und drei Generalmajore teilnehmen. Die Ernennungen von deutscher Seite stehen noch nicht vollständig fest.

Es entspricht den Tatsachen, daß die Polen die deutschen Bewohner innerhalb der Demarkationslinie zur Einziehung in die Stammrollen aufzufordern haben, jedoch ist bisher eine Einziehung von Deutschen zu den polnischen Truppen nicht erfolgt.

Streiks und Regierung.

Die innere Lage Deutschlands und damit die Stellung der Regierung sind gegenwärtig einer äußerst schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Kaum war es gelungen, die ernsten aus politischen Momenten genährten Streikbewegungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet einigermaßen abzudämmen, so brach im mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet, in Thüringen und Sachsen eine Bewegung los, die nicht nur die kümmerlichen Reste von Arbeit lähmtet, sondern auch soll den gesamten Eisenbahnverkehr zwischen Norden und Süden unterbrechen und Weimar, den Sitz der Deutschen Nationalversammlung, mitten in einen Brandherd politischen und wirtschaftlichen Aufruhrs stellt. Die revolutionären Ereignisse in München liefen die Bewegung auch in Bayern Fuß fassen und auf Nürnberg übergreifen; wo dieses geschehen waren auch andere Städte, wie Mannheim und Freiburg, Schauplätze tumultuarischer Erscheinungen. Während alle Vernünftigen darin einig sind, daß nur Arbeit, Nüchternheit und Besonnenheit das deutsche Volk aus der entsetzlichen Lage erretten können, in der es Niederlage und Revolution zurückgeblieben haben, wächst noch immer der aus dem Chaos geborene dritte Dämon der Massen, aus der völligen Verwirrung des Bestehenden ihr Glück zu schürfen. Wir stehen vor der schweren Schicksalsfrage, ob die Einsicht unserer Feinde und in der nächsten Zeit den Weg zum Frieden öffnen wird, und müssen mit Schmerz erkennen, daß ihre Einsichtsfähigkeit in die wahre Lage Deutschlands soll nach übertreffen mit von dem Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl der für die wirtschaftlichen Unruhen in Deutschland Verantwortlichen.

In den Blättern der Parteien, die sich politisch hinter die Streikbewegung stellen, der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und des Spartakusbundes wird diese Frage der Verantwortlichkeit leichtherzig damit beantwortet, daß die Arbeiterschaft aus Entsäuschungen über die nangelhaften sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung zu diesem letzten Mittel gegriffen hätte, um die sozialistischen Errungenschaften der Revolution sicherzustellen. Es ist jedoch durchaus unwahr, daß die Bewegung der mitteldeutschen Bergarbeiter darin ihren Grund hat, daß die Regierung die Zechen- und Betriebsräte nicht anerkannt habe. Diese Behauptung stellt die Tatsachen direkt auf den Kopf. Die Regierung hat es lediglich abgelehnt, sich mit wilden, willkürlich gebildeten Räten einzulassen, und statt dessen die Forderung gestellt, daß Arbeiterräte auf demokratischer Grundlage, d. h. durch Wahl aller Arbeiter gebildet würden. Mit diesen will sie verhandeln. Dieses Verlangen ist durchaus berechtigt und enthält die tatsächliche Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der Zechen- und Betriebsräte, die in auch bereits bei der Schaffung des Arbeitskammergesetzes für die Beamten vorgesehen waren, der beste Beweis dafür, daß die Regierung nicht daran denkt, das Recht der Arbeiter zu verkürzen. Wenn allerdings die „Rote Fahne" die Forderung aufstellt, daß der Arbeiter der alleinige Herr des Betriebs sein müsse, so ist es für, sich zu sprechen aller höheren Standpunkten, dem sozialistischen der Regierung, der auf eine traubsmäßige Regelung des Arbeitsrechts hinzielt, und dem terroristischen des Spartakusbundes, der die gewaltsame Beseitigung der Unternehmer fordert, keine Berücksichtigung zu geben. Es handelt nicht der Kampf um die Sozialisierung, welcher von beiden Mitteln der Besserung zu Grunde gelegt wird, sondern ein Versuch, das wohlerwogene Sozialisierungsprogramm der Regierung durch gewaltsame Mittel zu verhindern und das politisch ökonomische Ideal des Bolschewismus zu verwirklichen. Die Methoden, welche hierzu angewandt werden, entsprechen dem russischen Vorbild. Da die große Mehrzahl der Eisenbahner für den Generalstreik nicht gewonnen werden konnte, griffen die Aufständischen zur Gewalt, indem sie Lokomotivführer von den Maschinen rissen und Arbeitswillige durch Drohungen zwangen, sich ihnen anzuschließen. Nur ein geringer Bruchteil der Eisenbahner hat sich dem Streik angeschlossen, alle anderen sind vergewaltigt worden. Und auch jetzt noch macht bei vielenweise in Halle ein Drittel der Eisenbahner trotz aller Vergewaltigungen den Streik nicht mit.

Bei vorurteilsfreier Betrachtung der Lage muß man zu dem Schluß kommen, daß der ganzen Bewegung nicht vorwiegend wirtschaftliche, sondern politische Beweggründe unterliegen. Es ist eine große Verdrehung der Tatsachen, wenn die „Freiheit" es so darstellt, daß die Streikbewegung erst allmählich einen politischen Charakter angenommen habe. Wie aus heute ein Telegramm aus Bochum meldet, konnten dort die Fäden bloßgelegt werden, welche die rheinisch-westfälische Streikbewegung mit der bolschewistischen Propaganda der russischen Regierung in Deutschland verbinden. Russische Agenten, unterstützt von deutschen Gesinnungsgenossen in der kommunistischen Partei, betzen die deutsche Arbeiterschaft auf, wobei ihrer Ueberredungskunst weniger wirtschaftliche, als die bekannten politischen Theorien des Bolschewismus zugute kommen. Daß auch die Bewegung in Mitteldeutschland in erster Linie unter der Parole entfacht wurde, die Nationalversammlung in Weimar, die man den wirtschaftlichen Arbeitermassen als ein kapitalistisch-sozialistisches Machwerk hinzustellen sucht, in ihrer Arbeitskraft zu lähmen, sie von dem übrigen Reiche abzuschneiden und schließlich aufzulösen, bedarf keines Nachweises. Es ist lächerlich, wenn behauptet wird, daß die Streikbewegung plötzlich ohne Organisation aufgeflammt sei. Die systematische Legung des Streikfrings um Weimar zeigt vielmehr das raffinierte planmäßige Vorgehen der politischen Hintermänner.

Für die Regierung entsteht die schwere Verantwortungsvolle Frage, die Bewegung nach ihren tragenden Kräften richtig einzuschätzen und die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu treffen, um verhängnisvolle Folgen für die innere und äußere Lage des Reiches zu verhüten. Darüber wird kein Zweifel bestehen können, daß sie sich entschließen muß, der Bewegung, soweit sie politisch-terroristischen und bolschewistischen Charakter trägt, mit aller Schärfe und, wo es nötig ist, mit Waffengewalt entgegenzutreten. Daß sie über die Mittel hierzu verfügt, hat sie wiederholt versichert und auch bewiesen; es wird an ihr liegen, zu verhindern, daß die Waffe, die sie gegen die Feinde des Vaterlandes durch den Willen der Nation in der Hand hält, nicht stumpf und unbrauchbar wird. Es wäre jedoch ein Fehler, wenn sie sich darauf beschränken wollte, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen und den Ver-